

FDP Schweiz

Generalsekretariat
Neuengasse 20
Postfach 6136
CH-3001 Bern
Tel: +41 (0)31 320 35 35
Fax: +41 (0)31 320 35 00
E-Mail: info@fdp.ch
www.fdp.ch

Eidg. Departement des Innern
Staatssekretariat für Bildung und
Forschung (SBF)
Frau Margrit Meier, Vizedirektorin
Hallwylstrasse 4
3003 Bern

Bern, 31. Januar 2008

**Vernehmlassung:
Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen
und die Koordination im Schweizerischen
Hochschulbereich (HFKG)**

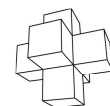
Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns eingeladen, uns zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) zu äussern. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und geben Ihnen im Folgenden gerne von unserer Positionierung zum HFKG sowie bezüglich der Fragestellungen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis.

Grundsätzliche Bemerkungen

Im Sinne der Umsetzung der in der Bildungsverfassung stipulierten Ziele begrüsst die FDP Schweiz das Vorhaben, die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich in einem Bundesgesetz neu zu regeln. Die FDP will grundsätzlich festhalten, dass das HFKG ein Gesetz zur Förderung der Hochschulen sein muss und nicht ein Definitionsgesetz (die für die Hochschulen relevanten Definitionen sind bereits heute gesetzlich geregelt). Mit der Umsetzung des HFKG in der Praxis muss ein effektiver Beitrag zur Hochschulförderung geleistet werden können.

Wenn die Schweiz ihre Position als qualitativ hochstehenden und international beachteten Hochschulstandort behaupten und weiter ausbauen will, so ist zum einen die Förderung der Hochschulautonomie sowie die strategische Planung auf Ebene der Hochschulen von grösster Bedeutung; zum anderen ist es aber ebenso wichtig, dass unser (aus den kantonalen Universitäten, den beiden ETH und den Fachhochschulen bestehendes) Hochschulsystem unter der Leitung des Bundes einer politischen Steuerung unterliegt und national koordiniert wird. Da an den Grundsätzen unseres föderalistischen Systems



festgehalten wird, werden die Kompetenzen der Kantone, welche als Hochschulträger fungieren, nicht in Frage gestellt; ohne eine weitreichende Koordination der Interessen aller im Hochschulbereich involvierten Akteure und die Verfolgung einer einheitlichen Strategie kann die kleinräumige und mehrsprachige Schweiz im internationalen Wettbewerb jedoch keinen Spitzenplatz erreichen. Die Bildungsverfassung beruht auf der Prämisse, dass der Bund nur dann eingreifen soll, wenn sich die Kantone (in ihren Zuständigkeitsbereichen) nicht einigen können. Deshalb ist im Hochschulbereich eine schweizweite politische Steuerung von grösster Bedeutung.

Obwohl das HFKG hochpolitische Ziele verfolgt, ist die Vorlage in erster Linie ein „Organisationsgesetz“. Da die kantonalen Universitäten, die eidgenössischen Hochschulen sowie die Fachhochschulen unter ein Dach genommen werden, sind die neuen Strukturen, Organe, Abläufe und Kompetenzzuteilungen auf Gesetzesstufe im Detail zu regeln. Das System darf jedoch nicht verkompliziert werden; Doppelspurigkeiten aufgrund der Institutionalisierung von Organen, die sich um gleiche Fragestellungen kümmern, sind zu vermeiden.

Bevor wir uns im Detail zu den vorgegebenen Fragestellungen und den einzelnen Artikeln des HFKG äussern, möchten wir auf ein paar wichtige Themen und Punkte aufmerksam machen, die im Gesetzesentwurf entweder noch fehlen oder nur ungenügend beachtet wurden:

Autonomie der Hochschulen:

Auch wenn die nationale politische Steuerung im Hochschulbereich im Interesse einer einheitlichen Strategie wichtig ist, so muss die Autonomie der einzelnen Hochschulen hochgehalten werden. Nur sie fördert ein wettbewerbliches und auf Qualitätssteigerung von Lehre und Forschung ausgerichtetes System. Das HFKG soll daher die Hochschulautonomie als Ordnungsprinzip verankern; die Verfassungsgrundlage lässt dies zu.

Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung:

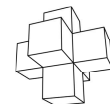
Die FDP legt grössten Wert darauf, dass auch mit einer schweizweiten politischen Steuerung des Hochschulsystems die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung gewahrt bleibt.

Studiengebühren / Stipendien und Studiendarlehen:

Ein signifikanter Teil der durch die Lehre generierten Kosten der Hochschulen sind mittels Studiengebühren zu decken. In der Gesamtkostenstruktur der Lehre müssen eine angemessene Betreuung der Studierenden sowie auch ein Stipendientopf für hoch talentierte, finanziell jedoch benachteiligte Studentinnen und Studenten ausgewiesen sein. Im Weiteren muss im HFKG die Neugestaltung des Stipendienwesens (die FDP spricht sich für eine schweizweite formelle Harmonisierung hinsichtlich der Anspruchsbedingungen aus) und des Darlehenssystems (das durchaus auch Leistungsanreize enthalten soll) angesprochen werden und die entsprechenden Gesetzesvorlagen sind entsprechend anzupassen.

Grundbeiträge für die Hochschulen:

Die FDP steht für quasi gebundene Grundbeiträge ein, damit für die Hochschulen eine bestmögliche Planungssicherheit (während eines definierten Zeithorizonts) besteht und die Kantone als Hochschulträger weiterhin zuverlässige Partner bleiben.



Fragenkatalog zum Vernehmlassungsverfahren

1. Sind Sie mit der generellen Stossrichtung der Vorlage einverstanden?

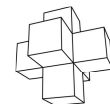
Die FDP anerkennt die Bemühungen, eine gesetzliche Basis für die nationale Koordination und eine einheitliche Steuerung des Hochschulsystems zu schaffen. Aus freisinniger Sicht muss jedoch ein grösseres Gewicht auf die Vereinfachung der Prozesse und Abläufe gelegt werden. Die FDP begrüsst die Stärkung der leistungs- und outputorientiert Finanzierung im Hochschulbereich. Die rechtliche Gleichstellung der Fachhochschulen mit den universitären Hochschulen wird nicht nur aus organisatorischen Gründen unterstützt: ebenso wichtig ist die gesetzliche Verankerung der Gleichwertigkeit der beiden Hochschultypen. Auf diese Weise wird verhindert, dass der akademische Bildungsweg gegen einen praxisorientierten Fachhochschullehrgang ausgespielt wird (und umgekehrt). Die verschiedenen Hochschultypen sollen ihre Eigenheiten und spezifischen Qualitäten aber trotzdem beibehalten und den Studierenden somit eine auf ihre Vorlieben, Stärken und Fähigkeiten zugeschnittene Tertiärausbildung ermöglichen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf steht im Spannungsfeld zwischen den Koordinationsbestrebungen einerseits und der Hochschulautonomie andererseits. Wenn von Koordination im Hochschulbereich gesprochen wird, so steht vordergründig die Koordination zwischen Bund (dessen Steuerungskompetenzen zunehmen) und den Kantonen (als Hochschulträger) im Zentrum. Eine Koordination ist unumgänglich, wenn in der Schweiz ein strategisch sinnvolles Angebot für Lehre und Forschung geschaffen und unser Hochschulsystem wettbewerbsfähig gemacht werden soll. Je stärker jedoch koordiniert wird, desto stärker wird auch in die Autonomie der einzelnen Hochschulen eingegriffen. Aus liberaler Sicht sollte sich die Koordination somit auf diejenigen Bereiche beschränken, in denen die Entscheidungen autonomer Hochschulen suboptimale Resultate zur Folge haben könnten und eine einheitliche Vorgabe daher Sinn macht und/oder die Hochschulen sogar entlastet. Die Koordination ist auch dann gerechtfertigt, wenn mit anderen Mechanismen keine besseren Resultate erzielt werden können. Nebst der Autonomie muss die landesweite politische Steuerung des Hochschulsystems aber auch die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung wahren.

Idealerweise sollte die Koordination im Hochschulbereich durch die autonomen Hochschulen selbst vorgenommen werden. Hochschulen, die auf Effizienz ausgerichtet sind und denen wirtschaftliche Prämissen zu Grunde liegen, haben ein elementares Interesse daran, strategische Kooperationen einzugehen und ihre qualitativ hochstehenden Leistungen in Lehre und Forschung möglichst kostengünstig anzubieten. Das geht jedoch nur, wenn die Hochschulen über ein möglichst hohes Mass an Autonomie verfügen, weshalb die Autonomie der Hochschulen als wichtiges Ordnungsprinzip in der Gesetzesvorlage verankert werden muss. Im Weiteren sollte sichergestellt werden, dass die Rektorenkonferenz als Plattform für die gezielte Zusammenarbeit dient; die Rektorenkonferenz sollte aber nicht als eigentliches Koordinationsorgan fungieren.

Im Vergleich zum Status Quo stellt der HFKG-Entwurf zwar eine wesentliche Verbesserung dar; aufgrund seiner föderalistischen Prägung vermag er aber doch nicht ganz zu überzeugen. Die Frage der Regionalisierung im Hochschulraum Schweiz sollte stärker berücksichtigt werden, beobachten wir zurzeit doch die Formierung von regionalen Bildungsräumen (wie bspw. in der Nordwestschweiz, wo sich vier Kantone als Fachhochschulregion zusammengeschlossen haben und die beiden Basel gemeinsam für die Universitätsträgerschaft verantwortlich sind).

Die Stellung der ETH ist im HFKG nicht klar geregelt. So bringt der Gesetzesentwurf nicht deutlich genug zum Ausdruck, dass der ETH-Bereich nicht in allen Punkten dem HFKG untersteht. Als Trägersgesetz für die Institutionen im ETH-Bereich wird auch in Zukunft das ETH-Gesetz gelten; auch wird die Finanzierung dieser Institutionen im ETH-Gesetz geregelt. Die Stimme der ETH muss in den mit dem HFKG neu geschaffenen Organen zwingend gestärkt werden. In der Hochschulkonferenz (Plenarversammlung und Hochschulrat) soll somit der Präsident des ETH-Rates die Institutionen des ETH-Bereiches vertreten können.



Schliesslich ist anzumerken, dass die Anliegen der Fachhochschulen in den im HFKG vorgeschlagenen Gremien allenfalls zu wenig Gehör finden könnten, weshalb diese Mechanismen bei der Überarbeitung der Gesetzesvorlage noch einmal genau geprüft und im Interesse einer gleichwertigen Vertretung aller Hochschultypen angepasst werden sollten.

Die im HFKG stipulierten Akkreditierungsvoraussetzungen für private Hochschulen vermögen nicht zu überzeugen. De facto werden die Voraussetzungen mit einer übertriebenen Bedürfnisklausel so restriktiv verfasst, dass sich kaum neue private Hochschulen bilden können. Die Vorlage muss eine Öffnung und eine Verstärkung des Wettbewerbs zum Ziel haben und nicht eine Zementierung des heutigen Systems.

2. Unterstützen Sie die Einrichtung der vorgesehenen gemeinsamen Organe mit den entsprechenden Zuständigkeiten?

Im Rahmen des HFKG (Art. 6) soll kein neuer Schweizerischer Wissenschafts- und Innovationsrat geschaffen werden. Aus freisinniger Sicht ist ein Gremium, das langfristige Überlegungen zur Innovationsförderung in der Schweiz anstellt, sinnvoll; das HFKG ist hierfür aber nicht der geeignete Rahmen. Die Schaffung eines solchen Organs sollte vielmehr im Zusammenhang mit dem (sich zurzeit ebenfalls in der Vernehmlassung befindenden) Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz diskutiert werden. Die institutionalisierte Zusammenarbeit eines solchen Gremiums mit den im HFKG bereits definierten Organen (Hochschulkonferenz als politisches Organ und Hochschulrektorenkonferenz als fachliches Expertengremium) wird jedoch zentral sein. Auch wird eine Zusammenarbeit mit den heute bereits bestehenden Institutionen im BFI-Bereich (SNF, KTI, Akademie der Wissenschaften) wichtig sein, damit Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Mit dem Verzicht auf die Schaffung eines Schweizerischen Wissenschafts- und Innovationsrats kann die HFKG-Vorlage entschlackt werden.

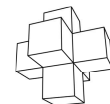
Die Organe im Zusammenhang mit dem Akkreditierungsverfahren vorgeschlagenen Organe (Akkreditierungsrat und Akkreditierungsagentur) werden aufgrund der freisinnigen Vorstellung einer möglichst effizienten und wettbewerbsorientierten Akkreditierung obsolet (siehe hierzu die Ausführungen zur Fragestellung 3).

3. Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Akkreditierungsverfahren einverstanden?

Die FDP lehnt das vorgeschlagene Akkreditierungssystem nicht ab. Die Akkreditierung ist für die Hochschulen zeit- und geldintensiv; folglich braucht es ein möglichst einfaches Verfahren unter Berücksichtigung von Qualitätsaspekten und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Aus Sicht der FDP muss zwischen der Zulassung (institutionelle Akkreditierung) und der akademischen Akkreditierung einer Hochschule unterschieden werden. Die FDP plädiert für ein System, in welchem zwar eine Akkreditierungspflicht besteht, die einzelnen Hochschulen jedoch die Wahlfreiheit haben, von welcher Akkreditierungsstelle sie sich aufnehmen lassen. Die einzige Bedingung ist die offizielle Anerkennung im Inland wie im Ausland der von der Hochschule frei gewählten Akkreditierungsinstitution. Die anerkannten Akkreditierungsinstitutionen müssen bestimmte Qualitätskriterien erfüllen, womit das Akkreditierungsverfahren auch gleich einer Qualitätskontrolle unterliegt.

Die Zulassung einer Hochschule soll hingegen von einer Bundesstelle abgewickelt werden; somit fällt der Staat hier, im Unterschied zum liberalen System bei der akademischen Akkreditierung, eine institutionelle Entscheidung.

Mit einem solchen Akkreditierungsverfahren werden drei wichtige Ziele erreicht: Erstens können die Hochschulen dank der Wahlfreiheit bzgl. der Akkreditierungsstelle frei entscheiden und autonom agieren; zweitens fördert die Möglichkeit der Akkreditierung im Inland oder im Ausland die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen; drittens wird der



bürokratische Aufwand reduziert, wenn mit dem HFKG keine zusätzlichen Organe für die Akkreditierung geschaffen werden und das Gesetz somit schlanker wird.

4. Welcher der beiden Varianten für die Organisation von Akkreditierungsrat und nationaler Akkreditierungsagentur geben Sie den Vorzug?

Aufgrund unserer Positionierung zur Fragestellung 3 erübrigt sich eine Antwort auf diese Frage.

5. Wie beurteilen Sie die gemeinsame strategische Planung und die Aufgabenteilung in den besonders kostenintensiven Bereichen?

In Artikel 1 (Zweck und Gegenstand) und Artikel 4 (Ziele) des HFKG muss klar definiert werden, dass es sich hinsichtlich der Koordination im Hochschulbereich nicht um eine strategische Planung, sondern vielmehr um eine politische Steuerung des Systems handelt. Die Definition der Strategie (für Lehre und Forschung) muss unter Berücksichtigung eines hohen Autonomiegrades nach wie vor auf der Ebene der Hochschulen erfolgen.

Was die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen (Art. 37 HFKG) betrifft, so erwartet die FDP, dass in der Botschaft klar umschrieben wird, was unter einem „kostenintensiven Bereich“ verstanden werden soll (bspw. ein gewisser Prozentsatz der teuersten Studiengänge oder sogar die Nennung der entsprechenden Lehrgänge). Im gleichen Zug könnte man im Gesetz die wesentlichen Kriterien definieren, welche die Kostenintensität eines Hochschulbereiches ausmachen.

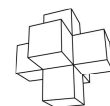
Aus freisinniger Sicht besteht mit der vorgeschlagenen Formulierung die Gefahr, dass regionalpolitische Interessen stärker ins Gewicht fallen als bildungspolitische Argumente. Wie anhand des Beispiels der Spitzenmedizin dargelegt werden kann, führt die Verteilung von Kompetenzen und Mitteln unter regionalpolitischen Gesichtspunkten nicht zu einem für das Gesamtsystem befriedigenden Ergebnis. Aus diesem Grund beantragt die FDP in Art. 37, Abs. 1 die Streichung der „angemessenen Verteilung“; es sollte demnach heissen: „Die Aufgabenteilung in den besonders kostenintensiven Bereichen dient dazu, die Bildungs- und Forschungsschwerpunkte innerhalb des Hochschulbereiches wirkungsvoll zu zentralisieren und dabei die zur Verfügung stehenden Mittel optimal einzusetzen.“

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen das erklärte Ziel sein müssen; eine Steuerung darf nur dann erfolgen, wenn diese Zielsetzung erreicht wird.

6. Wie beurteilen Sie das vorgeschlagene Finanzierungssystem, insbesondere die Grundsätze zur gemeinsamen Ermittlung des Finanzbedarfs, die Einführung von Referenzkosten und die Ausrichtung der Bundesbeiträge?

Der Wechsel von einer Angebotsfinanzierung hin zu einer Nachfragefinanzierung wird begrüsst. Es ist auch positiv, dass die Finanzierung der Hochschulen vermehrt leistungs- und resultatsorientiert erfolgen soll.

Aus Sicht der FDP belohnt das vorgeschlagene Verteilsystem aber fälschlicherweise die Menge (Quantität) anstelle der Qualität der Leistungsangebote für Lehre und Forschung. Die Einführung von Referenzkosten wird zwar klar unterstützt, doch müssen diese so berechnet werden, dass Qualitätsaspekte und nicht Mengenkriterien (wie bspw. die Anzahl Studierender) im Vordergrund stehen. Die erhöhte Transparenz und die verbesserte Kostenkontrolle werden hingegen unterstützt.



Mit der Einführung von Referenzkosten kann für den Bereich der Lehre eine gebundene Finanzierung realisiert werden, was die Lehre vor der Gefahr einer „Stop-and-Go“-Politik bewahrt. Das könnte sich jedoch negativ auf den Bereich der Forschung auswirken, der nicht von einer gebundenen Finanzierung profitieren kann und somit externen Schwankungen ausgesetzt ist. Bei der definitiven Ausarbeitung des Finanzierungssystems muss dieser Punkt noch einmal im Detail angeschaut werden.

Die FDP plädiert im Weiteren dafür, dass bei der Finanzierung und der Ausrichtung von Bundesbeiträgen ein Kostenverteilungsschlüssel für jeweils 4 Jahre (eine Legislaturperiode) fixiert wird. Mit der Festlegung solcher Finanzierungsperioden kann für die Hochschulen eine gewisse Planungssicherheit geschaffen werden, da sie ihre finanziellen Mittel auf der Zeitachse entsprechend einteilen können.

Die FDP fordert überdies, dass die Bauinvestitionsbeiträge auch Teil der Referenzkosten respektive der Grundbeiträge werden. Für Bauvorhaben mit Kosten von mehr als 5 Mio Franken entrichtet der Bund gemäss HFKG-Entwurf weiterhin Bauinvestitionsbeiträge in der Höhe von 30%; damit werden falsche Anreize gesetzt. Zum einen entscheidet somit der Bund über strategische Investitionen, obwohl dies die Aufgabe der jeweiligen Hochschule wäre. Zum anderen wird damit der Anreiz zu sprunghaften statt konstanten Investitionen gesetzt, da es die Schwelle von 5 Mio Franken zu überschreiten gilt. Die Strukturbereinigung erfolgt deutlich effizienter über die outputorientierte Finanzierung, indem die Referenzkosten (pro Studierende) auch die Bauinvestitionsbeiträge enthalten. Damit wird es den Hochschulen überlassen, wie viel sie für Bauten und wie viel sie für die Lehre (Professoren, Unterricht) investieren wollen; es muss dabei aber auch ein Anreiz entstehen, vermehrt in Intelligenz und weniger in Beton zu investieren. Als letzter Punkt sei angemerkt, dass der für Bauinvestitionen bestimmte Anteil der Grundbeiträge für alle Hochschulen gleich hoch ausfallen soll, egal wem die entsprechenden Liegenschaften gehören.

Wie bereits eingangs erwähnt, müssen die Studiengebühren aus Sicht der FDP einen signifikanten Teil der durch die Lehre generierten Kosten abdecken. Vor diesem Hintergrund ist die längst schon fällige Neugestaltung der Stipendien- und Darlehensgesetzgebung nun dringend notwendig und darf nicht noch länger hinausgeschoben werden. Dabei steht eine formelle Harmonisierung des Stipendienwesens im Zentrum. Studiendarlehen müssen für Studierende attraktiver werden und nach Möglichkeit auch einen Leistungsanreiz enthalten.

7. Welche weiteren Bemerkungen haben Sie zur Vernehmlassungsvorlage?

Titel:

Aus Praktikabilitätsgründen ist zu überlegen, ob das HFKG nicht umbenannt werden sollte: zum Beispiel „Bundesgesetz über die Hochschulen (Hochschulgesetz)“.

Zielsetzung:

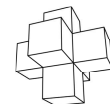
Das Ziel der Koordination und Planung ist aus unserer Sicht nicht ein wettbewerbsfähiger Hochschulbereich sondern international wettbewerbsfähige Hochschulen. Im Gesetzesentwurf sollte an prominenter Stelle (Artikel 1) die internationale Dimension vermerkt werden.

Zulassung und Übertritte:

Es sollte im HFKG ein separater Artikel bzgl. der Thematik „Zulassung zum Studium“ formuliert werden. Auch die Übertritte zwischen den Studienstufen sind nicht speziell geregelt. Aus Sicht der FDP fehlt hier insbesondere die Freiheit der Hochschulen, die Zutrittskriterien zum Master-Studium selbstständig festlegen zu können (es sollen mit dem HFKG keine Automatismen generiert werden).

Promotionsrecht:

Das Promotionsrecht sollte auf die universitären Hochschulen beschränkt werden.



Rolle der EDK:

Aus dem erläuternden Bericht zum HFKG geht nicht klar hervor, welches die Konsequenzen der neuen Strukturen und Abläufe für die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) sind. Im Rahmen der Botschaft zum HFKG muss somit geklärt werden, inwiefern die EDK zukünftig im Bereich der Hochschulpolitik noch eine Rolle spielen wird und wie die Aufteilung der Kompetenzen zwischen den neu geschaffenen Organen und der EDK aussehen wird.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 1 (Zweck und Gegenstand):

Bst. c: „Strategische Planung“ durch „politische Planung“ ersetzen.
Aussage zu den „international wettbewerbsfähigen Hochschulen“ ergänzen, damit der internationale Fokus am Anfang des Gesetzes erwähnt ist.

Art. 4 (Ziele):

Abs. 1: Es geht hier nicht nur um Ziele, sondern vielmehr um Regelungsbereiche. Bst. a und b sollten demnach wie folgt umformuliert werden: „Im Rahmen einer kohärenten schweizerischen Hochschulpolitik und in Abstimmung mit seiner Forschungsförderungs- und Innovationspolitik setzt sich der Bund zur Unterstützung qualitativ hochstehender Lehre und Forschung sowie des Wissens- und Technologietransfers insbesondere ein für:“; darauf folgen unverändert Bst. c-f des HFKG-Entwurfs. Eine Abgleichung mit Art. 1 ist wichtig.

Abs. 2: Formulierung ist zu defensiv (Rücksichtnahme); eine offensivere Formulierung muss zudem den internationalen Aspekt beinhalten.

Abs. 3 (neu): Spezieller Absatz zur gesetzlichen Verankerung und Stärkung der Autonomie der Hochschulen einfügen.

Art. 6 (gemeinsame Organe):

Bst. c kann gestrichen werden, da im HFKG kein Wissenschafts- und Innovationsrat eingeführt werden soll.

Bst. d (und e) kann gestrichen werden, da aufgrund des freisinnigen Vorschlags für das Akkreditierungsverfahren weder ein Akkreditierungsrat noch eine Akkreditierungsagentur geschaffen werden muss.

Die FDP plädiert somit dafür, dass sich die gemeinsamen Organe auf die Schweizerische Hochschulkonferenz und auf die Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz beschränken.

Art. 8 (Hochschulkonferenz, Plenarversammlung):

Vertretung der ETH durch den Präsidenten des ETH-Rates erforderlich (siehe auch Begründung unter Frage 1).

Art. 9 (Hochschulkonferenz, Hochschulrat):

Vertretung der ETH durch den Präsidenten des ETH-Rates erforderlich (siehe auch Begründung unter Frage 1).

Abs. 3, Bst. a: „Strategische Planung“ durch „politische Steuerung“ ersetzen.

Abs. 3, Bst. e, f, i: Streichung im Sinne der Hochschulautonomie

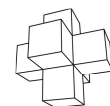
Abs. 3, Bst. j: Streichung (da kein Wissenschafts- und Innovationsrat geschaffen wird)

Art. 10 (Teilnahme mit beratender Stimme):

Dieser Artikel ist nicht gesetzeswürdig und soll gestrichen werden; Festlegung im Rahmen eines Organisationsreglements sinnvoll.

Art. 13 (Ausschüsse):

Dieser Artikel ist nicht gesetzeswürdig und soll gestrichen werden; Regelung durch Organisationsreglement.



Art. 19/20 (Wissenschafts- und Innovationsrat):

Diese beiden Artikel werden gemäss FDP-Vorschlag obsolet und sollen gestrichen werden.

Art. 21-24 (Akkreditierungsverfahren):

Diese Passage des HFKG muss gänzlich umformuliert werden, damit der Vorschlag der FDP für ein neues Akkreditierungsverfahren gesetzlich festgehalten werden kann.

Art. 25 (Bezeichnungsrecht):

Änderungsvorschlag: Mit der institutionellen Akkreditierung erhält die Hochschule oder die andere Institution des Hochschulbereiches das Recht, in ihrem Namen die Bezeichnung „Universität“, „Fachhochschule“ oder „Hochschule“ oder Verbindungen damit zu führen, wie insbesondere „universitäres Institut“, „Hochschulinstitut“ oder „Fachhochschulinstitut“. Damit wird es Fachhochschulen frei gestellt, wie sie sich nennen wollen. Auch können keine Organisationen mit zweifelhaftem Ruf den Begriff ‚Hochschule‘ verwenden. Im Rahmen dieses Artikels soll überdies geregelt werden, dass auch private Hochschulen (welche nicht von einer Zulassung für den Erhalt finanzieller Mittel abhängig sind) eine entsprechende Bezeichnung erhalten, sofern sie die Anforderungskriterien erfüllen.

Art. 26 (Voraussetzung für die institutionelle Akkreditierung):

Gemäss freisinnigem Konzept handelt es sich hier um die Zulassung einer Hochschule. Bst. c: „und Dienstleistungen“ streichen.

Art. 33-36 (Strategische Planung und Aufgabenteilung):

Hier geht es um die „politische“ Planung resp. Steuerung und nicht um die „strategische“ Planung.

Art. 33 (Grundsätze):

Die FDP plädiert für eine Umformulierung des Artikels im folgenden Sinne:
Der Bund erarbeitet zusammen mit den Kantonen periodisch die mehrjährige Planung im Bereich der Hochschulpolitik auf nationaler Ebene; diese soll die Entwicklung der staatlichen Rahmenbedingungen, die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen sowie die Finanzplanung umfassen.

Der Bund beachtet dabei folgende Grundsätze: Studienangebote und Forschungsbereiche werden durch die Hochschulen resp. ihre Träger bestimmt (Hochschulautonomie); der Bund kann den Ausbau von Stärken, die Konzentration der Kräfte und die Erschliessung neuer Potentiale an den Hochschulen unterstützen (auf Antrag der Hochschulen); den Besonderheiten der verschiedenen Hochschultypen ist Rechnung zu tragen.

Art. 34 (Ebene der einzelnen Hochschulen):

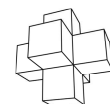
Da die FDP einen Finanzierungsrahmen von jeweils 4 Jahren vorsieht (Planungsvorgabe für die Hochschulen), kann dieser Artikel gestrichen werden.

Art. 35 (Ebene der Hochschulrektorenkonferenz):

Die FDP plädiert für eine Umformulierung des Artikels im folgenden Sinne:
Die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen unterbreitet der Schweizerischen Hochschulkonferenz periodisch einen Bericht mit Anträgen zur Planung im Bereich der Hochschulpolitik auf nationaler Ebene. Sie stützt sich dabei auf allfällige Vorgaben der Hochschulkonferenz, die Bedürfnisse der Hochschulen, die Finanzplanung von Bund und Kantonen sowie die Zahlen aus den Entwicklungs- und Finanzplänen der Hochschulen.

Art. 36 (Ebene Hochschulkonferenz):

Die FDP plädiert für eine Umformulierung des Artikels im folgenden Sinne:
Abs. 1: Die Schweizerische Hochschulkonferenz verabschiedet (gestützt auf Bericht und Anträge der Rektorenkonferenz) die mehrjährige Planung im Bereich der Hochschulpolitik auf nationaler Ebene.



Abs. 3: Sie kann auf Antrag oder nach Anhörung der Rektorenkonferenz Massnahmen vorsehen für den Ausbau von Stärken, die Konzentration der Kräfte und die Erschliessung neuer Potentiale an den Hochschulen.

Art. 37 (Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen):

Siehe hierzu die Ausführungen zur Fragestellung 5.

Die Definition der besonders kostenintensiven Bereiche ist in Art. 37 von zentraler Bedeutung.

Art. 44 (Beitragsarten):

Der Grundbeitrag setzt eine Mitberücksichtigung der Studiengebühren voraus.

Abs. b: streichen (es sollen keine separaten Bauinvestitionsbeiträge mehr vorgesehen sein; siehe Ausführungen zur Fragestellung 6).

Art. 46 versus Art. 48 (Grundbeiträge):

Währenddem in Art. 46 (Verwendungszweck) von Grundbeiträgen gesprochen wird, spricht man in Art. 48 (Bemessung) von einem jährlichen Gesamtbetrag. Eine klare Definition sowie eine kohärente Verwendung der verschiedenen Begriffe sind notwendig.

Art. 51-55 (Bauinvestitionsbeiträge):

Aufgrund der Integration der Beiträge für Bauinvestitionen in die Grundbeiträge sind diese Artikel obsolet und können gestrichen werden.

Art. 56 (Projektgebundene Beiträge: Verwendungszweck und Voraussetzungen):

Es soll hier aus Sicht der FDP keine abschliessende Liste gemacht werden; diese könnte zum einen willkürlich sein, zum anderen läuft man Gefahr, dass die Kriterien in ein paar Jahren bereits wieder überholt sind.

Die Grundforderung, welche erfüllt werden muss, lässt sich wie folgt umschreiben:

„Das Projekt muss die Innovationskraft unseres Landes stärken“.

Art. 59 (Bezeichnungs- und Titelschutz):

Vergleich mit Art. 25 (Bezeichnungsrecht).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer wohl überlegten Stellungnahme sowie auch unserer detaillierten Anliegen und stehen Ihnen für weitere Fragen im Hinblick auf die anstehende Überarbeitung der Gesetzesvorlage gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

FDP Schweiz
Der Präsident

Fulvio Pelli
Nationalrat

Der Generalsekretär

Guido Schommer